Nachdenkpause zur Landesgrünzone wichtiger denn je



Allianz für Bodenschutz fordert: Keine Herausnahme von Flächen für die Neuansiedlung von Betrieben
Die Allianz für Bodenschutz befürchtet dramatisch falsche Entwicklungen zur Landesgrünzone und wendet sich in einem offenen Brief an die Landesregierung. Die mögliche Genehmigung für Neuansiedlungen im Neugut in Ludesch käme einem Dammbruch gleich. Eine Nachdenkpause zur Landesgrünzone ist laut den Mitgliedern des Bodenschutz-Bündnisses wichtiger denn je.

Aktuelle Entwicklungen lassen Dammbruch befürchten
Die Größenordnung und Geschwindigkeit, mit der die letzten Jahre Flächen aus der Landesgrünzone für Betriebe entnommen wurden, wurde von vielen Seiten mehrfach kritisiert, auch von der Allianz für Bodenschutz. Zumeist handelte es sich um Erweiterungen von Betrieben, die an die Grünzone angrenzen. Nun sollen laut Medienberichten in Ludesch auch Neuansiedlungen diskutiert werden. Das kritisieren die Bodenschutz-Initiativen in ihrem Schreiben an die Landesregierung scharf: „Mit dem bisherigen Usus derart zu brechen würde eine weitere dramatische Verschlechterung des Umgangs mit der Landesgrünzone bedeuten. Flächen aus der Landesgrünzone auch für die Neuansiedlung von Betrieben zu entnehmen bedeutet nichts Geringeres als einen Dammbruch.“

Allianz erneuert Forderung nach einer Nachdenkpause zur Grünzone
Landeshauptmann Wallner betonte selbst, dass die Landesregierung kein Wachstum um jeden Preis will.

Um die Landesgrünzone zu sichern, sollten Flächen aus der Grünzone nur im Ausnahmefall und auf Basis eindeutiger Regeln für die Kompensation herausgenommen werden. Die Allianz für Bodenschutz appelliert an Landeshauptmann Wallner: „Wir ersuchen Sie daher eindringlich, die Regeln des Umgangs mit der Landesgrünzone keinesfalls zu lockern, sondern sich für ihre Schärfung stark zu machen und wiederholen unsere Forderung nach einer Nachdenkpause zur Landesgrünzone."

Organisationen nehmen Regierung beim Wort
Die Landesregierung hat sich mit dem Raumbild 2030 die Ziele gesetzt mit Grund und Boden sorgsam und haushälterisch umzugehen und die Landesgrünzone in ihrem Zusammenhang und ihrer Größe zu erhalten und in ihrer Qualität zu stärken. Die Allianz von Bodenschutz-Organisationen sieht das als notwendiger denn je und nimmt die Landesregierung beim Wort. „Wir fordern die Landesregierung erneut auf, Flächenentnahmen aus der Landesgrünzone mit sofortiger Wirkung auszusetzen, bis der erste Raumbericht vorliegt." In diesem Zeitraum sollen die nachfolgenden Maßnahmen umgesetzt und breit kommuniziert werden, die die Landesregierung selbst als „Handlungen oberster Priorität" bezeichnet hat:

- Festlegung von Regeln durch die Landesregierung für die – in Ausnahmefällen erforderliche – Herausnahme von Flächen aus der Landesgrünzone und für deren flächenmäßigen und/oder qualitativen Ausgleich
- Erarbeitung von (regionalen) Landschaftsentwicklungskonzepten mit Schwerpunktgebieten und Schwerpunktnutzungen, zum Beispiel in der Landesgrünzone; dies betrifft unter anderem Vorrangflächen für Landwirtschaft (Bodenqualität), ökologisch bedeutsame Gebiete, Biotopvernetzung und Wildtierkorridore sowie Frei- und Grünräume für die Naherholung
- stärkere Berücksichtigung der Bodenbonität bei Interessensabwägungen

Boden ist eine nicht erneuerbare Ressource – mutige Schritte notwendig
Im Schreiben unterstreicht das Bündnis die Notwendigkeit, Fakten zu erheben und Maßnahmen zum Erhalt der Grünzone zu erarbeiten und zu evaluieren. Als wichtiger Ansatz für einen in der Tat sorgsamen und nachhaltigen Umgang mit der Landesgrünzone nennt die Allianz die Flächenentsiegelung: Für jede zum Zweck der Verbauung entnommene Fläche ist eine gleichwertige Flächenkompensation in Form einer Entsiegelung und Revitalisierung einer bereits versiegelten Fläche vorzunehmen. „Gerne diskutieren wir diesen und weitere Punkte im Zuge des Strategiedialogs Umwelt & Wirtschaft" erneuern die Initiativen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Bodenschutz an die Landesregierung.

Nachdenken über zukunftstaugliche Bodenpolitik
Für die 15 Initiatoren der Bodenschutz-Allianz ist unbestreitbar: „Wir brauchen eine zukunftstaugliche Bodenpolitik. Im Zentrum einer solchen steht eine Frage, die alle angeht: Wie können wir unsere wertvollen Böden für unsere Kinder und Kindeskinder schützen? Darüber müssen wir nachdenken, eine Nachdenkpause zur Landesgrünzone bietet den Rahmen dafür."

Gezeichnet Allianz für Bodenschutz

Verein Bodenfreiheit
Landwirtschaftskammer Vorarlberg
Initiative vaulhochldrei
Alpenverein Vorarlberg
Naturschutzbund Vorarlberg
Alpenschutzverein Vorarlberg
Naturschutzrat Vorarlberg
BIO AUSTRIA Vorarlberg
Verein Konsumentensolidarität-Jetzt
Initiative Ludesch
Initiative Lebensraum Weiler

Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung
Rainer Siegele, Bürgermeister
Kurt Bereuter, Bürgerrat Grund und Boden
Österreichische Hagelversicherung

Pressekontakt der Allianz für Bodenschutz: Verein Bodenfreiheit, Kerstin Riedmann, 0681 20688191, info@bodenfreiheit.at